



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 87 - Plenarwoche 23. - 27. November 2009

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP



I. Allgemeine Informationen:

1. Europäische Union benennt ständigen Ratspräsidenten und „EU-Außenministerin“

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben zwei Spitzenposten der Europäischen Union gewählt: Der belgische Premierminister Herman Van Rompuy wird der erste ständige Ratspräsident der EU, während die britische EU-Handelskommissarin Catherine Ashton künftig als „EU-Außenministerin“ agieren soll. Die Entscheidung fiel einstimmig. Beide Ämter wurden durch den Lissabon-Vertrag geschaffen, der darauf abzielt, die Rolle der EU in der Welt zu stärken und ihren Entscheidungsprozess zu vereinfachen.

Der 62-jährige christdemokratische Politiker und Wirtschaftswissenschaftler Van Rompuy ist seit fast einem Jahr belgischer Premierminister. Er wird als Person geschätzt, die während der Spannungen zwischen der französisch- und flämischsprachigen Gemeinschaft in Belgien wieder für Stabilität gesorgt hat. Der neue Präsident wird für die Dauer von zweieinhalb Jahren im Amt bleiben. Hauptaufgaben werden unter anderem die Leitung der Ratstagungen (Gipfeltreffen und Ministerrat) und die Vertretung der EU auf der Weltbühne sein. Er wird sein Amt mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon am 01. Dezember antreten.

In Absprache mit der Kommission benannte der Rat die 53-jährige Catherine Ashton zur Hohen Vertreterin der EU mit Zuständigkeit für die Außen- und Sicherheitspolitik. Sie ist Mitglied der britischen Labour-Partei. Im Amt der Hohen Vertreterin wurden zwei bisher getrennte Funktionen zusammengefasst, – jene des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik (bisher Javier Solana) und jene der für Außenbeziehungen zuständigen Kommissarin (bisher Benita Ferrero-Waldner). Nach Ansicht des EP ist Ashtons Rolle als EU-Außenministerin nicht zu trennen von ihrer gleichzeitig übernommenen Funktion als Vizepräsidentin der neuen Kommission, weshalb sie sich einer Anhörung des EP unterziehen muss. Ashton wird sich am 2. Dezember dem außenpolitischen Ausschuss des EP stellen.

II. Das EP hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

2. Einsatz von Pflanzenschutzmitteln

Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln soll besser erfasst werden. Daher befürwortete das EP mit großer Mehrheit einen Kommissionsvorschlag, der gemeinsame Kriterien für Daten und Statistiken über Pestizide festlegt. Darin wird erfasst, welche Pestizide in welcher Menge hergestellt und benutzt werden. Ich begrüße den Vorschlag, jedoch darf die Sammlung dieser Daten nicht zu mehr Bürokratie insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen führen. Daher soll auf bereits vorhandene Datensätze zurückgegriffen werden.

3. „Telekompaket“ verabschiedet

Das Parlament hat sich für eine tiefgreifende Reform des EU-Telekommunikationsrechts ausgesprochen, die die Rechte von Telefon- und Internetkunden stärken und den Wettbewerb zwischen den Anbietern beleben soll. Die Verbraucher erhalten eine Reihe neuer Rechte, wie etwa der Anbieterwechsel für den Festnetz- oder Handyanschluss unter Mitnahme der Telefonnummer innerhalb eines Arbeitstages oder die Möglichkeit, einen Vertrag über maximal ein Jahr abzuschließen. Internetnutzern, die etwa bei illegalen Downloads erwischt werden, darf der Netzwerkzugang gekappt werden, aber erst nach vorheriger Anhörung und unter Beibehaltung des Prinzips der Unschuldsvermutung. Das sogenannte Telekom-Paket ist Grundbedingung für die weitere Entwicklung eines wichtigen Industriesektors, denn es werden Investitionsanreize für den Ausbau von Breitbandnetzen geschaffen, die einer flächendeckenden Versorgung mit mobilen Breitbandsätzen dienen. Dafür hat das EP eine flexiblere Frequenzpolitik in der EU durchgesetzt. Zudem sieht das Gesetz vor, dass Maßnahmen der EU-Staaten die Grundrechte nicht verletzen dürfen.

4. EP für bessere Entschädigung beim Konkurs einer Fluglinie

Geht eine Fluglinie Bankrott, sollen die Passagiere für bereits gebuchte Tickets Entschädigung erhalten. Dies fordert das EP. In einer am Mittwoch angenommenen Entschließung fordern die Abgeordneten die Kommission auf, zu prüfen, ob ein Gesetzesvorschlag ausgearbeitet werden sollte, um sicherzustellen, dass Passagiere nicht ohne Heimflug oder Unterkunft an einem Flughafen festsitzen. Dabei solle das Prinzip der "gegenseitigen Verantwortung" für Fluggäste aller Airlines gelten, die dieselben Ziele anfliegen und freie Sitzplätze haben. Auf diese Weise sollen die Weiterflüge gestrandeter Passagiere sichergestellt werden. Weiter sollen geprüft werden: eine Pflichtversicherung für Fluggesellschaften, eine freiwillige Versicherung für Fluggäste, die die Fluggesellschaften anzubieten hätten, sowie die Einrichtung eines Garantiefonds

5. Polizeiliche und länderübergreifende Zusammenarbeit neu geregelt

Das EP verabschiedete am Mittwoch das "Stockholmer Programm", das die Rahmenbedingungen für die polizeiliche und länderübergreifende Zusammenarbeit in Bereichen wie der inneren und öffentlichen Sicherheit, straf- und zivilrechtliche Zusammenarbeit und der Asyl-, Visa-, und Migrationspolitik für die Jahre 2010 bis 2014 definiert. Ziel des Programms ist ein sicheres Europa, in dem die Rechte des Individuums geschützt werden. Schwerpunkte sind dabei die Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität, organisierter Kriminalität, vor allem betreffend Kinderpornographie, Computerkriminalität, Menschenhandel, Wirtschafts- und Finanzkriminalität sowie Drogenhandel und Terrorismusbekämpfung. Leider stimmte eine Mehrheit aus Sozialdemokraten, Kommunisten, Grünen und Liberalen gegen einen Antrag, polizeilichen Zugriff auf Eurodac, die europäische Datenbank zur Speicherung von Fingerabdrücken, voranzubringen. Mehrheitlich unterstützt wurde aber die Forderung an die Kommission, konkrete Vorschläge für die Eindämmung des Asylmissbrauchs in der EU vorzulegen.

III. Weitere Themen waren u.a.:

- Anpassung der Geschäftsordnung des Parlamentes an den Vertrag von Lissabon
- Aussprache mit Kommission und Rat zu den Vorbereitungen des Klimagipfels in Kopenhagen
- Europäischer Auswärtiger Dienst
- Gemeinsames Mehrwertsteuersystem

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://eur-lex.europa.eu/>

Europabüro, Oldenburger Str. 97, 49377 Vechta, Tel.: 044 41/90 99 09, Fax: 044 41/90 99 10, E-Mail: info@europa-mayer.de
Europäisches Parlament, Büro ASP 15 E 154, Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Tel.: 0032-2-284-7994, Fax: 0032-2-284-99 94
E-Mail: hans-peter.mayer@europarl.europa.eu und Internet: www.europa-mayer.de